

Antrag

Initiator*innen: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 17.12.2024)

Titel: **WP-01-K2: Einfach dabei sein – fair und bezahlbar**

Antragstext

1 Die Kraft unseres Landes fußt darauf, dass alle Menschen sich selbstbewusst
2 einbringen und entfalten können. Dass ihre Leistung, ihre Erfahrung und ihre
3 Kompetenzen etwas zählen und sich der Einsatz lohnt. Die Kraft unseres Landes
4 beruht auf den Menschen, die jeden Tag anpacken, in Fabriken und Büros, in
5 Krankenhäusern und Pflegeheimen, in Kitas und Universitäten.

6 Es geht darum, die aktuelle Verunsicherung in neue Sicherheit zu verwandeln.
7 Denn viele Menschen fühlen sich überfordert: Steigende Mieten und
8 Lebenshaltungskosten machen das Leben für viele kaum mehr bezahlbar. Zu wenig
9 Kitapersonal und -plätze, die aufwendige Suche nach einem Arzttermin oder
10 langwierige Behördengänge machen das Leben anstrengend und kompliziert. Die
11 Leute wollen gestalten, sich etwas aufbauen, für ihre Familie sorgen, aus
12 eigener Kraft. Dafür haben sie gute Rahmenbedingungen verdient. Alle müssen sich
13 darauf verlassen können, dass der Staat die Institutionen bereithält, die sie
14 unterstützen.

15 Ein gutes Bildungssystem ist gleich in mehrfacher Hinsicht der Zentralschlüssel
16 für eine gute Zukunft unseres Landes. Hier entwickeln sich individuelle
17 Freiheit, die Möglichkeit zu persönlicher Selbstbestimmung ebenso wie die zu
18 gesellschaftlicher Teilhabe. Mit der Bildung entscheiden sich die Lebenschancen
19 junger Menschen: Das fängt grundlegend mit der Kita an und reicht bis zu
20 Ausbildung oder Studium – und darf dort nicht enden. Und das gilt ganz gleich,
21 ob man im späteren Leben im Handwerk, der Wissenschaft, im
22 Dienstleistungsgewerbe oder der Industrie arbeitet. Mit der Bildung entscheidet
23 sich zudem, ob wir unser Land fit bekommen für die Anforderungen der neuen Zeit.

24 Wir statten die jungen Menschen mit Fähigkeiten aus, die in der neuen, digitalen
25 und klimaneutralen Arbeitswelt unverzichtbar sind. Es ist an der Zeit, dem
26 endlich auch in der Bundespolitik Rechnung zu tragen – Hand in Hand mit Ländern
27 und Kommunen in einem modernen Föderalismus. Wir stärken unsere Bildungssysteme,
28 damit sie besser als heute Kindern mit Migrationsgeschichte und aus
29 sozioökonomisch benachteiligten Familien die gleichen Chancen auf Teilhabe und
30 Aufstieg ermöglichen.

31 Gute Arbeit und faire Löhne sind die Grundlage dafür, sich etwas aufzubauen – in
32 materieller Sicherheit. Arbeit ist der Ort, an dem die Menschen viel Lebenszeit
33 verbringen, an dem sie ihren gesellschaftlichen Beitrag messen, an dem sie Stolz
34 ausprägen – oder auch verlieren. Diesen Stolz in die Zukunft zu tragen – in
35 einer Gesellschaft, in der man sich einbringen kann, in der Anstrengung
36 honoriert wird und das Sicherheitsnetz für alle funktioniert. Das ist unser
37 Ziel.

38 Die Frage des Wohnens ist entscheidend für die Umstände unseres Lebens. Die Wahl
39 eines Arbeitsplatzes, die Möglichkeit einer Familiengründung und die Gestaltung
40 des sozialen Umfelds hängen maßgeblich vom Wohnen ab. Es bezahlbar zu machen,
41 ist also eine entscheidende soziale Herausforderung. Wir nehmen sie an,
42 begrenzen effektiv Mieten, erleichtern das Bauen und den Zugang zu Eigentum.

43 Wir wollen für die Menschen eine angemessene und unkomplizierte soziale
44 Absicherung, die die elementaren Dinge eines Lebens in Würde abdeckt. Das gilt
45 für ein gutes und solidarisches Gesundheitssystem, das für alle da ist. Das gilt
46 für ein Pflegesystem, das verlässlich und bezahlbar ist und allen Menschen ein
47 Alter in Würde ermöglicht. Das gilt ganz besonders für Kinder und Jugendliche,
48 deren Zukunft nicht von der Lotterie ihrer sozialen Umstände abhängen darf. Es
49 gilt für Menschen, die unverschuldet ihre Arbeit verlieren. Und es gilt für eine
50 soziale Sicherung im Alter, die Geleistetes würdigt und die Angst vor der Armut
51 nimmt.

52 **A. Starke Teilhabe: gute Arbeit, bezahlbares** 53 **Wohnen, faire Löhne**

54 **Für gute Arbeit und faire Löhne**

55 Gute Arbeit und faire Löhne sind entscheidend dafür, dass Menschen für sich und
56 ihre Familien sorgen können, dass sie sich einbringen können und stolz auf den
57 gemeinsam erreichten Wohlstand sein können. Wir wollen, dass alle Zugang zu
58 guter Arbeit haben: durch eine gute Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, durch

59 bessere Integration in einen inklusiven Arbeitsmarkt sowie durch Erleichterung
60 der Arbeitsaufnahme bzw. Abbau von Arbeitsverboten.

61 Faire Löhne verlangen nach einem fairen Mindestlohn, damit Leistung auch
62 anerkannt wird. Um die Inflation der vergangenen Jahre auszugleichen, braucht es
63 jetzt einen Mindestlohn von zunächst 15 Euro im Jahr 2025, der auch für unter
64 18-Jährige gilt. Das entspricht auch den Vorgaben, die bei der Umsetzung der
65 Mindestlohnrichtlinie der Europäischen Union (EU) einzuhalten sind. Und es
66 braucht eine stärkere Tarifbindung. Denn wer nach Tarif arbeitet, verdient im
67 Schnitt mehr und das unter besseren Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir die
68 Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtern. Durch ein
69 Tariftreugesetz werden wir öffentliche Aufträge des Bundes in der Regel an
70 Unternehmen vergeben, die nach Tarif bezahlen.

71 Die betriebliche Mitbestimmung ist gelebte Demokratie. Sie macht die
72 Beschäftigten zu aktiven Akteuren bei der Gestaltung ihrer Arbeitswelt. Wenn
73 sich die Beschäftigten einmischen können, wenn sie ihre Arbeitsbedingungen
74 mitgestalten können, dann entsteht auch in Zeiten von Veränderungsprozessen
75 Vertrauen und Akzeptanz. Die betriebliche Mitbestimmung werden wir daher stärken
76 und auf Mitbestimmungsrechte in Sachen Klima- und Umweltschutz,
77 Qualifizierungsmaßnahmen sowie Gleichstellung im Betrieb erweitern. Gegen
78 Scheinselbstständigkeit, etwa bei Plattformunternehmen, den Missbrauch von
79 Werkverträgen und Schwarzarbeit wollen wir entschieden vorgehen. In Branchen,
80 die von Schwarzarbeit betroffen sind, sorgen wir für eine digitale und
81 manipulationssichere Erfassung der Arbeitszeit.

82 Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit: Dieser Slogan wird
83 Wirklichkeit, wenn Frauen ihr Recht auf gleiche Bezahlung auch in der Praxis
84 umsetzen können. Deshalb werden wir die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig
85 und vollständig umsetzen. Wir wollen die Regeln verbindlicher und besser
86 einklagbar machen und dadurch Gleichstellung wirksam voranbringen. Die
87 Erwerbsmöglichkeiten für Frauen verbessern wir durch gleiche Löhne und flexible
88 Arbeitszeitmodelle und durch das Rückkehrrecht in Vollzeit. Eine gute
89 Kinderbetreuung ist dabei wesentliche Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit
90 aller Erziehenden. Es kommt uns dabei darauf an, Arbeit und Familie vereinbarer
91 zu gestalten und Sorgearbeit fairer zu verteilen.

92 Minijobs wollen wir schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
93 überführen, mit Ausnahmen für Rentner*innen, Schüler*innen und Studierende. Denn
94 sie führen vor allem für Frauen und in Kombination mit dem Ehegattensplitting zu
95 einer Teilzeitfalle, weil sie den Anreiz setzen, weniger und ohne soziale
96 Absicherung zu arbeiten. Dies verschärft auch den Arbeitskräftemangel und die
97 Altersarmut. Um mit marktwirtschaftlichen Mitteln die Gehälter am unteren Ende

98 zu erhöhen, wollen wir Gehaltsangebote in Stellenausschreibungen grundsätzlich
99 transparent machen.

100 **Für bezahlbares Wohnen**

101 Bezahlbares Wohnen ist zu einer der entscheidenden sozialen Fragen unserer Zeit
102 geworden. Es ist in der vergangenen Legislaturperiode leider nicht gelungen,
103 entsprechende Abhilfe zu schaffen. Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft
104 stehen vor Fragen wie: Kann ich an meinem Wohnort eine Familie gründen? Kann ich
105 mir dort eine Wohnung leisten, wo ich ein Jobangebot habe? Wie kann ich im Alter
106 wohnen? Wir wollen, dass Menschen in Deutschland bezahlbaren Wohnraum finden und
107 sich keine Ängste und Sorgen um den Verbleib in ihrer Wohnung machen müssen. Es
108 braucht mehr Wohnungen, kluge und sozialverträgliche Modernisierung und den
109 Schutz vor zu hohen Mietsteigerungen im Bestand.

110 Etwa die Hälfte der Menschen in unserem Land lebt zur Miete und gibt dafür immer
111 mehr Geld aus. Die Mietpreisbremse muss verlängert werden. Sie soll Anstiege der
112 Mieten über die ortsübliche Vergleichsmiete hinaus zudem stärker begrenzen. Den
113 Betrachtungszeitraum zur Ermittlung der Vergleichsmiete wollen wir dafür
114 deutlich verlängern. Wir wollen die Mietpreisbremse außerdem bereits auf
115 Wohnungen anwenden, die älter als fünf Jahre sind. Und wir werden Schlupflöcher
116 schließen, etwa wenn Wohnungen nicht zu fairen Preisen, sondern überteuert als
117 möblierte Wohnung oder Ferienwohnung angeboten werden. Auch einen Stopp von
118 Mietensteigerungen über die ortsübliche Vergleichsmiete hinaus wollen wir für
119 sehr angespannte Wohnungslagen regional ermöglichen. Bei bestehenden
120 Mietverhältnissen, auch bei Staffel- und Indexmieten, werden wir dafür sorgen,
121 dass die Menschen nicht durch sehr starke Mietsteigerungen aus ihren Wohnungen
122 vertrieben werden.

123 Obdachlosigkeit sollte in einem reichen Land wie Deutschland nicht vorkommen –
124 ein eigenes Zuhause ist eine wichtige Voraussetzung für ein Leben in Würde und
125 für gesellschaftliche Teilhabe. Mit dem Housing-First-Ansatz können wir
126 Obdachlose direkt in eigene Wohnungen vermitteln.

127 Mieter*innen wollen wir besser schützen, besonders vor dem Missbrauch von
128 Kündigungen wegen Eigenbedarf oder Mietschulden. Viele Menschen haben das
129 Interesse, ihre Wohnung zu tauschen, weil sich ihre Lebensumstände geändert
130 haben. So könnte Wohnraum besser genutzt werden. Wir wollen Menschen bei diesen
131 Plänen unterstützen, indem wir rechtliche Hürden abbauen und Förderinstrumente
132 anpassen und flexibilisieren.

133 Ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung gibt Sicherheit und Freiheit. Deshalb

134 wollen wir die Chance auf ein Eigenheim leichter zur Realität werden lassen. Wir
135 wollen den Kauf von selbst genutztem Wohneigentum und die Modernisierung leer
136 stehender Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum stärker fördern. Wir
137 entlasten bei den Nebenkosten wie den Makler- und Notargebühren. Eine
138 Wohnungsbauprämie, deren Höhe mit der Inflation steigt und eine Klimakomponente
139 beinhaltet, erleichtert auch Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu
140 Wohneigentum. Wenn Mieter*innen gemeinschaftlich ihr Wohnhaus übernehmen wollen,
141 beispielsweise durch eine Genossenschaft, wollen wir das unbürokratisch durch
142 günstige Kredite oder Bürgschaften unterstützen.

143 **Für schnelles, günstiges und klimaverträgliches Bauen**

144 Wir wollen da, wo Wohnraum fehlt, die Rahmenbedingungen für schnelles, möglichst
145 preiswertes und klimaverträgliches Bauen schaffen.

146 Dafür braucht es eine realistische Strategie. Der beste Weg liegt darin,
147 vorhandenes Potenzial zu nutzen: bestehende Gebäude aufstocken, ungenutzte
148 Büroflächen zu Wohnraum umwandeln, Dachböden ausbauen und leer stehende Gebäude
149 wieder aktivieren. Mehrere Millionen Wohnungen könnten auf diesem Weg
150 bereitgestellt werden. Hier muss nicht aufwendig neue Infrastruktur gelegt
151 werden, was das Bauen einfacher und günstiger macht. Das scheitert bislang
152 oftmals an rechtlichen Hürden und Bürokratie. Wir wollen dieses Potenzial
153 nutzen. Dazu werden wir das Baurecht vereinfachen, Verfahren digitalisieren und
154 bundesweit angleichen – davon profitieren alle Formen des Bauens. Übertriebene
155 Anforderungen an bauliche Standards werden wir auf ein sinnvolles Maß
156 zurückführen. Wir wollen es erleichtern, dass die Sanierung von Wohnungen mit
157 Aufstockung oder Erweiterung verbunden wird.

158 Wohnraum und Bauflächen dürfen kein Spekulationsobjekt sein. Steuerschlupflöcher
159 bei Immobiliengeschäften, etwa über sogenannte Share Deals, sind deshalb zu
160 schließen. Stattdessen stärken wir das Vorkaufsrecht von Kommunen. Den sozialen
161 und gemeinnützigen Wohnungsbau unterstützen wir, indem im Bund die Fördermittel
162 für sozialen Wohnungsbau erhöht werden. Gemeinnützige und genossenschaftliche
163 Wohnungsunternehmen wollen wir besonders unterstützen. Die Neue
164 Wohngemeinnützigkeit wollen wir weiter stärken.

165 Klimaverträgliches Bauen und Sanieren nutzt nicht nur dem Klima, es reduziert
166 auch zukünftige Wohnkosten. Damit diese positiven Effekte auch bei Mieter*innen
167 ankommen, wollen wir klare Anreize dafür setzen, dass Vermieter*innen verfügbare
168 öffentliche Fördermittel zur Sanierung auch tatsächlich nutzen. Dazu gibt es
169 viele Wege: Manchmal sind es neue Technologien, manchmal der Rückgriff auf
170 bewährte Bautraditionen, die den Schlüssel dazu liefern. Die Kreislaufwirtschaft
171

172 beim Bau ist ebenfalls entscheidend, damit Bauschutt vermieden, Rohstoffe
173 geschont und Material wiederverwendet werden kann. Wir reduzieren Vorschriften,
174 die dem im Weg stehen. Um die Finanzierung von klimafreundlichen Sanierungen zu
175 erleichtern, wollen wir sanierte Gebäude einfacher als taxonomiekonform
176 anerkennen. Komfortables, preiswertes und klimaverträgliches Bauen bedarf
177 technischer und rechtlicher Innovationen – es ermöglicht auch neue Formen des
178 Zusammenlebens. Dieses neue Zusammenspiel sollten wir als Gesellschaft mithilfe
des Instruments des Reallabors unkompliziert ausprobieren und daraus lernen.

179 **Für ein gerechtes Steuersystem**

180 Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Vielen Menschen geht es gut. Aber es gibt
181 auch diejenigen, die sich außer Miete und Lebensmitteln kaum etwas leisten
182 können. Diese Menschen haben besonders unter der Inflation der vergangenen Jahre
183 gelitten. Und der Wohlstand in unserer Gesellschaft ist ungleich verteilt. Das
184 reichste Prozent der Deutschen besitzt mehr Vermögen als 90 Prozent der
185 Gesellschaft zusammen.

186 Insbesondere bei der Konzentration von sehr hohen Vermögen gibt es auch im
187 internationalen Vergleich große Handlungsnotwendigkeit in Deutschland. Zum
188 Angehen dieser großen Gerechtigkeitslücken gehören folgende Möglichkeiten: eine
189 globale Milliardärssteuer, eine fairere Erbschaftssteuer, eine gerechte
190 Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher oder eine nationale Vermögenssteuer.
191 Wir wollen die Ziele Gerechtigkeit, Gemeinwohlfinanzierung und den Erhalt von
192 Betrieben, ihren Investitionsmöglichkeiten und ihren Arbeitsplätzen
193 zusammenbringen.

194 Das ist alles andere als einfach, aber wir möchten endlich etwas erreichen.
195 Deswegen fokussieren wir uns auf folgende Maßnahmen: das effektive Angehen der
196 Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer für außerordentlich große Erbschaften, den
197 aktiven Einsatz für die Einführung der globalen Milliardärssteuer sowie das
198 Schließen weiterer offenkundiger Gerechtigkeitslücken im Steuersystem, vor allem
199 bei der Immobilienbesteuerung wie Share Deals und beim Auseinanderklaffen der
200 Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften.

201 Um die Erwerbstätigen bürokratisch und finanziell zu entlasten, werden wir die
202 Arbeitnehmerpauschbeträge in der Einkommensteuererklärung anheben. Wir wollen
203 eine Anhebung auf 1.500 Euro. Dies wird dazu führen, dass mehr als die Hälfte
204 der Arbeitnehmer*innen keine Belege für ihre Steuererklärung mehr sammeln muss.
205 Wer höhere Auslagen hat, kann sie bei der Steuererklärung wie gewohnt angeben.

206 Um insbesondere niedrige Einkommen zielgenau und unbürokratisch zu entlasten,

207 führen wir Steuergutschriften ein. Das ist ein Baustein, um die Arbeitsanreize
208 im Bürgergeldsystem zu erhöhen. Alleinerziehende entlasten wir gezielt durch
209 eine Steuergutschrift. Den Grundfreibetrag erhöhen wir. Den Solidaritätszuschlag
210 werden wir in den Einkommensteuertarif integrieren.

211 **B. Eine gute Bildung für gute Chancen**

212 **Für gute und verlässliche Kitas**

213 Gute Kitas und Ganztagsbildung sind der entscheidende Grundstein für die Zukunft
214 unserer Kinder. Eine gute und verlässliche Betreuungsinfrastruktur mit einem
215 gestärkten Bildungsangebot bietet Kindern gleiche Chancen von Anfang an und
216 ermöglicht Eltern, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Ein Gewinn für
217 unsere Gesellschaft insgesamt.

218 Leider wird unser Land diesem Anspruch bei Weitem nicht gerecht. Kitaplätze
219 fehlen in weiten Teilen des Landes. Dort, wo Eltern einen Platz für ihren
220 Nachwuchs ergattern, wird der Betrieb regelmäßig wegen Personalknappheit
221 eingeschränkt oder ganz eingestellt. Es fehlen schon jetzt Erzieher*innen, und
222 wir wissen, dass bereits viele an oder über der Belastungsgrenze arbeiten.
223 Deshalb investieren wir in gute Kitas und die Gewinnung von Erzieher*innen und
224 unterstützenden Arbeitskräften. Außerdem setzen wir uns für schulgeldfreie
225 Ausbildungen, berufsbegleitende Anerkennungsverfahren, schnellere Anerkennung
226 ausländischer Abschlüsse und flexiblere Weiterbildungen und Umschulungen ein.
227 Denn nur wenn ausreichend gut qualifizierte Fachkräfte ausreichend Zeit für ihre
228 Arbeit haben, können unsere Kitas dauerhaft Bildung und Betreuung auf hohem
229 pädagogischen Niveau ermöglichen.

230 Mit dem Kita-Qualitätsgesetz investiert der Bund derzeit jährlich rund 2
231 Milliarden Euro in gute Kitas. Diesen Weg setzen wir fort, indem wir bundesweite
232 Qualitätsstandards im Kitabereich gesetzlich festschreiben und im Bund die
233 Investitionen in frühkindliche Bildung erhöhen und verstetigen. Ein besonderes
234 Augenmerk haben wir dabei auf Kitas mit einem hohen Anteil sozioökonomisch
235 benachteiligter Kinder. Dort wollen wir besonders unterstützen. Und wir werden
236 steuerliche Anreize für Unternehmen einführen, die selbst oder in Kooperation
237 Kitaplätze schaffen, sodass Kinder von Beschäftigten in unmittelbarer Nähe zur
238 Arbeitsstelle betreut werden können.

239 **Für starke Schulen mit starken Kindern**

240 Schulen sind für Heranwachsende neben der Familie der Mittelpunkt ihres Lebens.

241 Hier entwickelt sich die Persönlichkeit, hier wird gelebt und gelacht. Daher ist
242 es so wichtig, dass jede bzw. jeder sich dort zugehörig fühlt und angenommen
243 wird. Schulen befähigen Kinder und Jugendliche auch dabei, ihre selbstbestimmte
244 und nachhaltige Zukunft zu gestalten. Daher hat jeder junge Mensch die beste
245 Bildung verdient – ganz unabhängig von Herkunft oder Wohnort.

246 Den Startschuss für einen Bildungsaufbruch haben wir in der Bundesregierung
247 gegeben: Als größtes Bund-Länder-Schulprogramm der Geschichte unseres Landes
248 haben wir mit dem Startchancen-Programm in Höhe von 20 Milliarden Euro gemeinsam
249 für einen kraftvollen Schub für mehr Bildungsgerechtigkeit gesorgt.

250 Aber unser Land braucht deutlich mehr: Eine gemeinsame Bildungsoffensive, um
251 noch mehr Schulen, Kinder, Jugendliche und Heranwachsende zu erreichen. Mit
252 einem „Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung“ wollen wir Hand in Hand mit Ländern
253 und Kommunen bundesweit für mehr Chancen- und Generationengerechtigkeit sorgen.

254 Dadurch sorgen wir für moderne und barrierefreie Schulgebäude mit dichten
255 Dächern, funktionierenden Toiletten und digital ausgestatteten Klassenräumen.
256 Wir schaffen mehr Stellen für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Inklusion.
257 Wir stärken die Kompetenzen und Leistungen der Kinder und legen dabei einen
258 Schwerpunkt auf den Erwerb von Basiskompetenzen, die für einen erfolgreichen
259 Bildungsweg unverzichtbar sind. Wir fördern die digitalen Fähigkeiten,
260 Medienkompetenz, Bildung für nachhaltige Entwicklung und politische Bildung. Die
261 Digitalisierung unserer Schulen begreifen wir als Daueraufgabe von Bund, Ländern
262 und Kommunen, in die wir weiter investieren werden. Genau wie in den Ausbau
263 guter ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote.

264 Diese Unterstützung soll dort ankommen, wo sie besonders gebraucht wird. Statt
265 nur nach dem Königsteiner Schlüssel nach Einwohnerzahl und Finanzkraft zu
266 finanzieren, wollen wir die Finanzierung stärker an den tatsächlichen Bedarfen
267 ausrichten. Wir brauchen eine engere Kooperation zwischen Bund und Ländern in
268 der Bildungspolitik. Wo verfassungsrechtliche Beschränkungen zuverlässige und
269 notwendige Investitionen in Bildung aktuell verhindern, werden wir mit den
270 Ländern gemeinsame Ziele und tragfähige Lösungen vereinbaren, um die großen
271 Herausforderungen im Bildungssystem erfolgreich gemeinsam zu bewältigen und auch
272 über neue Gemeinschaftsaufgaben im Grundgesetz sprechen.

273 Einen besonderen Schwerpunkt werden wir außerdem auf den Spracherwerb legen.
274 Denn Sprache ist der Schlüssel zum Erfolg. Wir wollen erreichen, dass alle
275 Kinder am Ende der Grundschule sicher lesen, schreiben und rechnen können, weil
276 nur wer die deutsche Sprache versteht und beherrscht, am Unterricht und der
277 Gemeinschaft teilhaben, sich entfalten und lernen kann. Die Sprachförderung muss
278 deshalb als durchgängiger Prozess angelegt werden, der in der Kita beginnt und

279 sich in der Schule fortsetzt.

280 **Für eine gute Bildung, die allen offensteht**

281 Unser Land braucht weitere energische Schritte für mehr Fachkräfte – in
282 Industrie und Handwerk ebenso wie in Kitas, Schulen oder in der Pflege. Nur so
283 können wir den notwendigen Umbau der Wirtschaft und den demografischen Wandel
284 bewältigen. Oft bleiben Ausbildungsplätze aber unbesetzt, offene Stellen können
285 nicht nachbesetzt werden. Dabei stehen 2,9 Millionen junge Menschen in
286 Deutschland heute ohne Berufsabschluss da.

287 Eine gute Ausbildung ist ein attraktives Versprechen für die berufliche Zukunft
288 junger Menschen. Auf dem Weg dahin schaffen wir gute finanzielle und rechtliche
289 Rahmenbedingungen für Auszubildende. Durch eine deutliche Anhebung der
290 Mindestausbildungsvergütung werden wir die Attraktivität der Ausbildung erhöhen.
291 Wir wollen für Azubis auch den Führerscheinerwerb fördern und eine Lösung für
292 ein Azubi-Deutschlandticket finden. Mit einer solidarischen Ausbildungsumlage
293 sorgen wir dabei für einen finanziellen Ausgleich, um die
294 Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittlerer Betriebe zu fördern. Zur
295 Unterstützung des Handwerks erhöhen wir die Förderung der überbetrieblichen
296 Lehrlingsunterweisung weiter. Außerdem stärken wir Ausbildungsverbände, um die
297 Anzahl passender Stellen für Auszubildende und Betriebe zu erhöhen.

298 Wir verbessern die Berufsorientierung für junge Menschen und informieren dort,
299 wo junge Menschen sind, insbesondere an Schulen. Dies erfordert die aktive
300 Einbeziehung von Ausbildungsbetrieben und Hochschulen, Eltern sowie Vorbildern
301 aus der beruflichen Bildung. Mehr praxisnahe Angebote können helfen, den
302 Horizont für die Berufswahl zu weiten.

303 Eine berufliche Ausbildung oder ein Studium ebnet gleichwertig einen starken Weg
304 in die berufliche Zukunft. Wir wollen nicht, dass finanzielle Gründe oder die
305 soziale Herkunft darüber entscheiden, welcher der beiden Wege eingeschlagen
306 wird. Nach dem größten Update für das BAföG in dieser Wahlperiode machen wir es
307 jetzt zukunftsfest, für Studium und berufliche Bildung: Das BAföG soll
308 existenzsichernd sein, auch bei steigenden Lebenshaltungskosten. Wir erhöhen die
309 Freibeträge bei den elterlichen Einkommen und öffnen das BAföG für mehr
310 Menschen. Für Berufstätige, die beispielsweise einen Meister machen wollen,
311 reformieren wir das Aufstiegs-BAföG und ermöglichen den Bezug in Teilzeit, die
312 Förderung gleichwertiger Fortbildungsabschlüsse sowie ein vollständig
313 digitalisiertes Antragsverfahren.

314 Für mehr bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende und Studierende möchten wir den

315 Bau von neuen Wohnheimen über das von uns in der laufenden Wahlperiode
316 aufgelegte Programm „Junges Wohnen“ weiter fördern.

317 Wir werden die Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung ausbauen und dafür
318 sorgen, dass die allgemeine Weiterbildung als wichtige Säule des
319 lebensbegleitenden Lernens weiter gestärkt wird.

320 **Für eine starke Hochschul- und Wissenschaftslandschaft**

321 Hochschulen sind Orte der Bildung, Wissenschaft und Forschung. Sie sind
322 Triebfedern unserer Gesellschaft, indem sie Ideen und Lösungen für die großen
323 und die ganz konkreten Probleme unserer Zeit entwickeln. Sie sind Orte der
324 freien und kritischen Debatte und der produktiven Reibung, ohne die kein
325 wissenschaftlicher Fortschritt möglich ist. Gute Ausstattung und
326 Arbeitsbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt garantieren den
327 gerechten Zugang.

328 Mit einer „Innovationsinitiative Zukunfts-Campus“ wollen wir Hörsäle, Labore und
329 Bibliotheken, die oftmals baufällig oder veraltet sind, gemeinsam mit den
330 Ländern modernisieren und zu Experimentierräumen für den nachhaltigen, digitalen
331 Wandel machen. Die bestehenden Bund-Länder-Pakte für Hochschule, Wissenschaft
332 und Forschung wollen wir fortführen, weiterentwickeln und gezielt ergänzen.

333 Eine auskömmliche Grundfinanzierung stärkt die Hochschulen als Orte von Bildung,
334 guter Arbeit und innovativer Forschung. Wenn sie richtig eingesetzt werden und
335 die tatsächlich anfallenden Kosten abdecken, können Drittmittel zusätzliche
336 Dynamiken entfachen. Damit sich Wissenschaftler*innen auf ihre eigentliche
337 Arbeit konzentrieren können, wollen wir in diesem Kontext Bürokratie abbauen und
338 vereinfachen.

339 Gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend für eine chancengerechte,
340 zukunftsste Wissenschaft. Wir wollen den Anteil befristet Beschäftigter
341 deutlich senken, indem wir wissenschaftliche Qualifikation als Sachgrund enger
342 und klarer fassen, die Tarifsperre abschaffen und gemeinsam mit den Ländern mehr
343 Dauerstellen neben der Professur garantieren. Wir wollen Frauen in der
344 Wissenschaft gezielt fördern und Machtmissbrauch und Diskriminierung
345 entgegenwirken.

346 Auch in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen wollen wir den
347 internationalen Austausch der Wissenschaft fördern und vereinfachen, etwa durch
348 schnellere Visavergaben, die Stärkung der Mittlerorganisationen und bessere
349 Beratung für Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir wollen mehr Menschen

350 den akademischen und beruflichen Austausch über Erasmus+ ermöglichen.
351 Wissenschaftliche Erkenntnisse sind die Grundlage verantwortungsbewusster
352 Politik und es ist zugleich Aufgabe der Politik, die Freiheit der Wissenschaft
353 zu verteidigen. Der Verächtlichmachung ganzer Forschungsfelder wie etwa der
354 Klima- oder Geschlechterforschung stellen wir uns entschieden entgegen, stärken
355 die Wissenschaftskommunikation und schützen Betroffene vor Anfeindungen.

356 **C. Mitten im Leben – in jeder Lebensphase**

357 **Für starke Familien**

358 Steigende Mieten und Energiekosten, veränderte Anforderungen in der Arbeitswelt,
359 die Angst, nicht mehr mitzukommen – diese Sorgen treffen Familien in besonderem
360 Maße. Und die vielerorts mangelnde Kinderbetreuung kommt als weitere Belastung
361 hinzu. Alle Familien sollen sich daher auf gute und unterstützende
362 Rahmenbedingungen verlassen können, die zu ihrem Leben passen. Dafür braucht es
363 finanzielle Unterstützungen, die Familien fördern und in schwierigen
364 Lebensphasen Sicherheit geben.

365 Kindergeld und Kinderfreibetrag sind die Basis für die Unterstützung von
366 Familien. Mit der stärksten Erhöhung des Kindergeldes in den vergangenen 30
367 Jahren und der Einführung des Kindersofortzuschlags konnten wir Millionen von
368 Familien auf dem Höhepunkt der Inflation gezielt entlasten. Perspektivisch
369 koppeln wir die Erhöhung des Kindergeldes an die regelmäßige Erhöhung des
370 Kinderfreibetrages und sorgen dafür, dass alle Kinder das gleiche Maß an
371 finanzieller Unterstützung erhalten – egal wie viel ihre Eltern verdienen.

372 Mit dem Start ins Familienleben stellen viele Paare bereits die Weichen für die
373 spätere Aufgabenteilung. Teilen sich Eltern ihre Elternzeit gerecht auf, setzt
374 sich das häufig später auch in der familiären Aufgabenverteilung fort. Deshalb
375 gestalten wir das Elterngeld attraktiver und setzen Anreize für eine
376 partnerschaftlichere Aufteilung. Den Mindest- und Höchstbetrag, der seit der
377 Einführung des Elterngeldes unverändert ist, wollen wir auf 400 bzw. 2.400 Euro
378 erhöhen.

379 Wir werden Vätern oder Co-Müttern die Möglichkeit geben, sich die ersten zwei
380 Wochen nach der Geburt eines Kindes mit einer Lohnersatzleistung von der Arbeit
381 freizustellen. So können Eltern gemeinsam ins Familienleben starten. Durch die
382 Einführung eines gestaffelten Mutterschutzes wollen wir Frauen, die eine
383 Fehlgeburt erleiden, besser unterstützen, wenn sie dies möchten.

384 Für selbstständige Frauen ist der Sprung in die Familiengründung oft mit
385 besonderem Wagnis verbunden. Doch auch sie brauchen Sicherheit und Schutz bei
386 der Familiengründung. Wir setzen uns dafür ein, dass auch für Selbstständige die
387 Wochen rund um die Geburt durch Mutterschaftsgeld finanziell abgesichert werden.
388 Hierzu sollen sich künftig auch Selbstständige an der dafür vorgesehenen
389 Umlagefinanzierung beteiligen.

390 Auch über 2025 hinaus sollen Eltern jeweils an 15 Tagen Kinderkrankengeld
391 beziehen können, Alleinerziehende an 30 Tagen.

392 Allein- und getrennt erziehende Familien leben in vielfältigen Konstellationen.
393 Viele Alleinerziehende stemmen Kinderbetreuung, Job und Haushalt und kommen
394 finanziell kaum über die Runden. Wir wollen die Steuerlast von Alleinerziehenden
395 durch einen Freibetrag senken und ihnen das Kindergeld nur noch zur Hälfte auf
396 den Unterhaltsvorschuss anrechnen. Damit entlasten wir Alleinerziehende und ihre
397 Kinder gezielt. Insbesondere für junge Alleinerziehende mit kleinen Kindern
398 wollen wir die Arbeitsmarktchancen verbessern – mit Rechtsansprüchen auf
399 Beratung und Qualifizierungsmaßnahmen. Wächst ein Kind in einer Trennungsfamilie
400 bei beiden Elternteilen auf, wollen wir den sogenannten Umgangsmehrbedarf im
401 Steuer- und Sozialrecht berücksichtigen.

402 **Für die Teilhabe der Jüngsten – gegen Kinderarmut**

403 Kinderarmut bedeutet Ausgrenzung, Diskriminierung und schlechtere
404 Bildungschancen. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut oder ist
405 armutsgefährdet. Wir sind fest davon überzeugt, dass es keine Rolle spielen
406 darf, in welchem Elternhaus ein Kind aufwächst oder woher es kommt.

407 Mit der von uns angestoßenen breiten öffentlichen Debatte über Kinderarmut in
408 Deutschland haben wir es geschafft, dass mehr Familien als bisher ihnen
409 zustehende Leistungen wie den Kinderzuschlag auch tatsächlich beantragen und
410 erhalten. Auch konnten sich Millionen von Familien über die stärkste Erhöhung
411 des Kindergeldes in den vergangenen 30 Jahren und die Einführung des
412 Kindersofortzuschlags freuen.

413 Da unsere Sozialleistungen aber weiterhin nicht von allen Anspruchsberechtigten
414 abgerufen werden, müssen sie einfacher, digitaler, bürgerfreundlicher und
415 transparenter werden. Das gilt insbesondere für den bisherigen Kinderzuschlag
416 und die Leistungen der Bildung und Teilhabe. Das Ziel der Kindergrundsicherung
417 ist deshalb klar: Wir wollen Leistungen bündeln, Antragsverfahren weiter
418 verschlanken und stetig automatisieren, damit Kinder und ihre Familien die ihnen
419 zustehenden Leistungen auch tatsächlich erhalten. Eltern müssen von Anfang an,

420 bei Geburt ihres Kindes, über ihre Ansprüche informiert werden. Unser Ziel ist
421 die Hilfe aus einer Hand, damit jede Familie nur noch eine zentrale
422 Ansprechstelle für Leistungen für Familien von Bund, Land und Kommune hat, die
423 sowohl digital als auch vor Ort erreichbar ist. Die Beantragung und Auszahlung
424 soll, soweit möglich und kosteneffizient, pauschal und automatisiert erfolgen,
425 um den Zugang zu erleichtern. Die Überwindung von unterschiedlichen
426 Rechtskreisen und Zuständigkeiten der verschiedenen staatlichen Ebenen muss
427 dabei im Hintergrund automatisiert stattfinden.

428 Diesen Ansatz wollen wir auch als Vorlage für die weitere Modernisierung unseres
429 Sozialstaates nehmen. Die verschiedenen Sozialleistungen müssen besser
430 aufeinander abgestimmt werden und ineinandergreifen. Dafür wollen wir die
431 notwendigen rechtlichen und technischen Grundlagen schaffen.

432 Neben der Modernisierung der Verwaltung wollen wir weiterhin insbesondere das
433 soziokulturelle Existenzminimum für Kinder neu berechnen und Alleinerziehende
434 bei der Anrechnung von Unterhalt und Einkommen entlasten.

435 **Für einen guten Start der jungen Generation**

436 Junge Menschen haben in der Pandemie verantwortungsvoll und solidarisch mit
437 älteren und vulnerablen Teilen unserer Gesellschaft zurückgesteckt und auf
438 Freiheiten verzichtet – und die großen Herausforderungen der vergangenen Jahre
439 besonders gespürt. Deswegen legen wir ein besonderes Augenmerk darauf, der
440 jungen Generation Gehör zu verschaffen, sie zu unterstützen und zu entlasten,
441 sie in ihren Rechten zu stärken und ihre Beteiligungsmöglichkeiten auszubauen.

442 In den vergangenen Jahren sind viele Angebote der Kinder- und Jugendarbeit vor
443 Ort weggebrochen. Damit sind besonders im ländlichen Raum wichtige
444 Begegnungsorte verloren gegangen. Mit einem Sonderprogramm wollen wir über zehn
445 Jahre Kommunen dabei unterstützen, Strukturen für Kinder- und Jugendarbeit
446 aufzubauen und zu stärken. Die Mittel des Kinder- und Jugendplans und der
447 sogenannten Frühen Hilfen wollen wir aufstocken.

448 Migrantische Jugendverbände wollen wir gezielt unterstützen und Mehrsprachigkeit
449 als eine wertvolle Kompetenz fördern und damit jungen Menschen unabhängig von
450 Herkunft oder Aufenthaltsstatus faire Chancen und Teilhabe bieten.

451 Die psychische Gesundheit junger Menschen hat sich in den vergangenen Jahren
452 verschlechtert. Das nehmen wir ernst. Mit den Mental Health Coaches und ihren
453 Gruppenangeboten an weiterführenden Schulen konnten wichtige Anlaufstellen
454 geschaffen werden, die wir ausbauen wollen. Bewährte Anlaufstellen wie die

455 Nummer gegen Kummer und andere Beratungsstellen brauchen eine bedarfsgerechte
456 finanzielle Ausstattung.

457 Wichtig ist, dass wir Verbesserungen für junge Menschen mit jungen Menschen
458 zusammen gestalten und sie stärker beteiligen. Damit junge Menschen ihre Ideen
459 und Rechte auch wirksam einbringen und einfordern können, wollen wir
460 Beteiligungsgremien wie Kinder- und Jugendparlamente, insbesondere auf
461 kommunaler Ebene, stärken. Parteiübergreifend wollen wir darauf hinarbeiten, die
462 Kinderrechte endlich ins Grundgesetz zu schreiben und das Wahlalter auch auf
463 Bundesebene auf 16 Jahre zu senken.

464 Mit der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII sorgen wir dafür, dass
465 alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderung eine zentrale
466 Ansprechstelle haben und ganzheitlich und individuell gefördert werden. Junge
467 Menschen, die die Jugendhilfe verlassen, wollen wir im Übergang ins
468 Erwachsenenleben besser unterstützen und Maßnahmen der Ausbildungsbegleitung
469 fördern.

470 Junge Menschen haben auch das Anrecht auf einen besonderen Schutz. Besonders
471 wichtig sind der Schutz und ein entschiedenes Vorgehen gegen sexualisierte
472 Gewalt. Wir werden die vorhandenen Strukturen zum Kinder- und Jugendschutz
473 stärken und denken Maßnahmen vom Kind aus – durch einheitliche
474 Kinderschutzstandards, gesetzlich geregelte Mindeststandards für
475 Gutachter*innen, eine gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Unabhängigen
476 Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Strafverfolgung durch
477 die Polizei im Netz und offline, bessere Meldestellen und gezielte Löschungen
478 von Missbrauchsdarstellungen sowie Prävention in Schule, Jugendhilfe und
479 Familie.

480 **Für ein aktives und selbstbestimmtes Leben im Alter**

481 Ältere Menschen stehen mitten im Leben – heute mehr denn je. Ältere sind
482 wichtige Säulen in unserer Gesellschaft. In unzähligen Vereinen,
483 Nachbarschaftstreffs und Initiativen teilen sie ihre Zeit, Erfahrung und
484 Lebensklugheit und bringen sich durch ihr Ehrenamt ein. Großeltern unterstützen
485 in der Kinderbetreuung und sorgen in vielen Familien dafür, dass Kinder und
486 Beruf gut miteinander vereinbart werden können. Das schätzen und unterstützen
487 wir.

488 Engagementstrukturen für Ältere wollen wir ausbauen, damit sich auch diejenigen
489 einbringen können, die bislang schwerer Zugang finden. Und wir erleichtern den
490 selbstbestimmten Übergang vom Arbeitsleben in den Rentenbezug durch flexiblere

491 Übergänge und investieren in Präventions- und RehaMaßnahmen. Das ist auch ein
492 wichtiger Beitrag gegen Einsamkeit im Alter. In den vergangenen Jahren ist es
493 gelungen, das Thema Einsamkeit aus der Tabuecke zu holen. Mit der nationalen
494 Strategie gegen Einsamkeit binden wir auch Länder, Kommunen und Verbände ein.

495 Mehrgenerationenhäuser sind wichtige Treffpunkte für Jung und Alt und sorgen für
496 Zusammenhalt und Gemeinschaft, die wir unterstützen wollen. Doch auch das
497 Mehrgenerationenwohnen, das gemeinschaftliches Wohnen mehrerer Generationen zum
498 Ziel hat, wollen wir fördern.

499 Damit auch ältere Menschen die vielfältigen Möglichkeiten der digitalen Welt
500 nutzen können, arbeiten wir an Strukturen, die digitale Kenntnisse vermitteln
501 oder erneuern können. Mit Maßnahmen wie dem DigitalPakt Alter sorgen wir dafür,
502 dass Ältere lange selbstbestimmt und aktiv am gesellschaftlichen Leben
503 teilnehmen können.

504 **D. In jeder Lebensphase abgesichert**

505 **Für eine gute Gesundheitsversorgung überall**

506 Viele Menschen sind heutzutage bis ins hohe Alter aktiv. Zugleich sind ältere
507 Menschen aber auch häufig auf Behandlungen und Pflege angewiesen. Das stellt uns
508 vor eine doppelte Herausforderung: Denn wir brauchen Fachkräfte für eine
509 angemessene Versorgung und würdevolle Pflege. Und wir müssen die gestiegenen
510 Kosten schultern, ohne dass die Versicherten zu große Lasten tragen müssen.

511 Dabei wollen wir, dass die Patient*innen zur richtigen Zeit am richtigen Ort
512 eine optimale Versorgung erhalten, statt lange und aufwendig nach
513 Behandlungsterminen zu suchen und darauf zu warten. Deshalb wollen wir die
514 Primärversorgung insbesondere durch Hausärzt*innen stärken, um eine bessere
515 Behandlungsqualität zu erreichen.

516 Unterversorgte Gebiete wollen wir stärker unterstützen. Die Verteilung von
517 niedergelassenen Ärzt*innen muss enger mit der Krankenhausplanung der Länder
518 verknüpft werden. Die bestehende Trennung der Finanzierungssysteme von
519 ambulanter und stationärer Versorgung wollen wir überwinden, um bessere
520 Kooperation und Koordination zu fördern. Durch regionale Verbände
521 (Gesundheitsregionen) sowie gemeinsame Versorgungszentren, in denen verschiedene
522 Therapie- und Pflegeberufe unter einem Dach zusammenarbeiten, sorgen wir für
523 eine gute Versorgung vor Ort. Und wir wollen Maßnahmen ergreifen, um Fehl- und
524 Überversorgung abzubauen.

525 Vertragsärzt*innen wollen wir von unnötiger Bürokratie entlasten und den
526 Sprechstundenanteil für gesetzlich Versicherte erhöhen, damit Patient*innen
527 schneller Termine erhalten.

- 528 • [WP-01-K2-536](#)

529 Die Krankenhausreform werden wir nachbessern, zusammen mit den Ländern umsetzen
530 und nicht nur die gesetzlichen, sondern auch die privaten Versicherungen an den
531 Kosten beteiligen. Wir werden gemeinsam eine gute Krankenhausreform umsetzen.
532 Oberste Priorität hat für uns dabei, dass für alle Menschen in unserem Land
533 Krankenhäuser und bestmögliche Grundversorgung schnell erreichbar sind. Die
534 Notfallversorgung, den Rettungsdienst und die Finanzierung der Apotheken wollen
535 wir im Hinblick auf eine gute, flächendeckende und effiziente Versorgung
536 reformieren. Für die Gesundheitsberufe wollen wir mehr Kompetenzen und so eine
537 bessere Arbeitsteilung und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe erreichen. Auch in
538 der Geburtshilfe wollen wir attraktive Arbeitsbedingungen für Hebammen,
539 besonders im Krankenhaus.

540 In den ländlichen Regionen – gerade in Ostdeutschland – ist das
541 Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Darauf
542 müssen wir reagieren. Daher schaffen wir zusätzliche Programme für
543 Gemeindeggesundheitspfleger*innen, früher die Gemeindegeschwester, und „Medizin auf
544 Rädern“. Auch bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen wollen wir weiter
545 vorankommen. Unnötige Bürokratie, die heutzutage digital und effizienter laufen
546 könnte, muss abgebaut und der Nutzen für Patient*innen erhöht werden, auch durch
547 den Einsatz Künstlicher Intelligenz. Die Nutzung von Daten für Forschung und
548 Versorgung haben wir verbessert und werden auf diesem Wege weitergehen.

549 **Für eine verlässliche und würdige Pflege**

550 Alle pflegebedürftigen Menschen sollen die Pflege erhalten, die sie benötigen,
551 egal ob durch Fachkräfte oder nahestehende Mitmenschen, ob zu Hause oder in
552 einer Einrichtung. Wir wollen, dass Menschen sich darauf verlassen können,
553 würdevoll behandelt zu werden, wenn sie der Pflege bedürfen. Wir wollen Angebote
554 im Quartier, also vor Ort, fördern und so auch Pflegebedürftigkeit hinauszögern.

555 Für uns ist es wichtig, dass die Pflege wieder bezahlbar wird. Es ist eines
556 Sozialstaates unwürdig, wenn Menschen am Ende eines langen Arbeitslebens
557 aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit auf Sozialhilfe angewiesen sind. Wir haben
558 die Leistungen der Pflegeversicherung erhöht und sorgen weiter für dringend
559 benötigte Entlastung der Pflegebedürftigen.

560 Wir wollen die Situation der Menschen verbessern, die selbst Angehörige oder
561 nahestehende Personen pflegen. Eine Aufgabe, die erfüllend sein kann, aber auch
562 Kraft und Zeit kostet und ohne die die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen
563 in Deutschland nicht möglich wäre. Wer die eigene Arbeitszeit für die Pflege
564 reduziert, braucht finanzielle Unterstützung in Form eines zeitlich begrenzten
565 Ausgleichs der entgangenen Einkünfte. Die Leistung soll so ausgestaltet sein,
566 dass mehrere Personen sich die Pflege teilen können. Berufliche Freistellungen
567 sollen besser und flexibler möglich sein. Den Zugang zur Tagespflege wollen wir
568 verbessern und Angebote ausbauen. Pflegebedürftige sollen Pflege, therapeutische
569 Leistungen oder Unterstützung bei der Haushaltsführung flexibler als bisher in
570 Anspruch nehmen und miteinander kombinieren können, zum Beispiel in Form eines
571 Pflegebudgets.

572 Pflegekräfte brauchen Arbeitsbedingungen, die ihnen die Zuwendung zu ihren
573 Patient*innen möglich machen. Fachkräfte, die aufgrund von Überlastung den Job
574 verlassen haben, wollen wir mit einer Rückkehr Offensive zurückgewinnen.
575 Hunderttausende wären dazu bereit, wenn sich die Arbeitsbedingungen verbessern –
576 dazu zählt auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieses
577 Potenzial wollen wir durch Beratung, die weitere Umsetzung höherer
578 Personalschlüssel, mehr Kompetenzen für den Pflegeberuf und bessere
579 Aufstiegschancen nutzen. Wir wollen die Ausbildungsbedingungen verbessern und
580 für die Pflegeassistenz vereinheitlichen. Und wir wollen Dokumentationspflichten
581 und Bürokratie in der Pflege auf ein Mindestmaß reduzieren, damit Pflegekräfte
582 wieder dafür Zeit haben, wofür sie ihren Beruf gewählt haben: den Menschen.

583 **Für eine solidarische Kranken- und Pflegeversicherung**

584 Unser Gesundheits- und Pflegesystem ist dafür da, kranke Menschen zu heilen und
585 pflegebedürftige gut zu pflegen. In den vergangenen Jahren wurden den
586 Versicherungen jedoch viele Kosten zugeschoben, die aus Steuermitteln hätten
587 finanziert werden sollen. Diesen Trend wollen wir umkehren und damit die
588 Versicherten und die Arbeitgeber von versicherungsfremden Leistungen entlasten.
589 Dazu gehört, dass wir die Finanzierung der Rentenbeiträge von pflegenden
590 Angehörigen oder die Beiträge für Empfänger*innen von Bürgergeld angemessener
591 über den Staat finanzieren. Damit bleibt auch mehr Geld im System, um in gute
592 Gesundheit und Pflege zu investieren.

593 In Zeiten steigender Pflegekosten und Versicherungsbeiträge müssen wir auch
594 dafür sorgen, dass öffentliches und beitragsfinanziertes Geld in der Versorgung
595 bleibt und für die Menschen arbeitet. Wir wollen den Einfluss von
596 Finanzinvestoren auf unsere Gesundheits- und Pflegeversorgung begrenzen. Deshalb
597 wollen wir öffentliche und gemeinnützige Träger stärken und für eine bezahlbare
598 und gerechtere Kranken- und Pflegeversicherung sorgen.

599 Wir setzen uns für eine Finanzierung von Gesundheit und Pflege unserer
600 Gesellschaft ein, die verlässlicher und gerechter ist als der Status quo. Basis
601 hierfür ist eine faire Beteiligung aller Versicherten an der Finanzierung. Auf
602 dem Weg hin zu einer Bürgerversicherung werden wir neben den gesetzlich
603 Krankenversicherten auch die Privatversicherten in den solidarischen
604 Finanzausgleich des Gesundheitssystems einbeziehen. Auch in der Pflege wollen
605 wir auf dem Weg hin zu einer Pflegebürgerversicherung mit einem Ausgleich
606 zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung dafür sorgen, dass sich
607 alle gerecht an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen. So tragen
608 Versicherte mit finanziell starken Schultern stärker zur Finanzierung von Pflege
609 und Gesundheit bei als solche, die nur über geringe Einkünfte verfügen. Die
610 Beitragsbemessung werden wir reformieren und beispielsweise auch
611 Kapitaleinnahmen zur Finanzierung unseres Gesundheits- und Pflegesystems
612 heranziehen. Damit schützen wir auch Löhne und Gehälter vor höheren
613 Beitragsabgaben. Um freiwillig versicherte, geringverdienende oder in Teilzeit
614 beschäftigte Soloselbstständige besser abzusichern, werden wir die
615 Mindestbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung reformieren.

616 Für die Beamt*innen werden wir die Wahlfreiheit stärken.

617 **Für eine vorausschauende Gesundheitspolitik**

618 Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine vorsorgende Politik, die die
619 Ursachen von Krankheiten in den Blick nimmt und angeht. Prävention und
620 Gesundheitsförderung wollen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen
621 Politikbereichen verfolgen. Wir wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst
622 stärken und dabei vor allem Menschen in sozioökonomisch benachteiligten
623 Verhältnissen in den Blick nehmen.

- 624 • [WP-01-K2-629](#)

625 Seelische Gesundheit ist ein Fundament für Lebensqualität und körperliche
626 Gesundheit. Es ist nicht zumutbar, dass viele Menschen in einer psychischen
627 Krise monatelang auf therapeutische Hilfe warten müssen. Wir schlagen daher
628 einen Bund-Länder-Pakt für mentale Gesundheit vor. Alle Menschen, insbesondere
629 Kinder und Jugendliche, sollen im Bedarfsfall niedrigschwellige Zugänge zu
630 passgenauen psychosozialen und therapeutischen Angeboten haben. Therapieplätze,
631 Beratungsstrukturen und die Ausbildung von Fachpersonal werden wir ausbauen.

632 Mit Blick auf die steigende Anzahl von Betroffenen von ME/CFS und Long Covid
633 müssen Projekte zur Ursachen- und Versorgungsforschung ausreichend finanziert
634 und vorangetrieben werden. Betroffene wurden oft viel zu lang stigmatisiert –

635 wir wollen eine bestmögliche Versorgung nach dem Stand der wissenschaftlichen
636 Erkenntnisse sicherstellen.

637 Wir wollen unser Gesundheitswesen auf Epidemien, große Katastrophen und
638 militärische Bedrohungen besser vorbereiten. Das betrifft zum Beispiel den
639 Vorrat an Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie regelmäßige
640 Katastrophenschutzübungen. Auch den öffentlichen Gesundheitsdienst wollen wir
641 weiter stärken.

642 Mit dem Cannabisgesetz haben wir den Schutz von Gesundheit, Jugend und
643 Verbraucher*innen in den Mittelpunkt gestellt und setzen auf Vernunft statt
644 Kriminalisierung. Diesen Wechsel in der Drogenpolitik, der die Befähigung zum
645 eigenverantwortlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt stellt, wollen wir
646 fortführen. An dem Ziel des Verkaufs von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften
647 halten wir weiter fest und setzen uns auf europäischer und internationaler Ebene
648 dafür ein, auch um damit den Schwarzmarkt und die Organisierte Kriminalität
649 weiter einzudämmen. Mit Blick auf die enormen Mengen an Kokain, Crack und
650 synthetischen Opioiden, die in vielen deutschen Großstädten ankommen, werden wir
651 die Ressourcen der Polizei und des Zolls auch im Hinblick auf die Bekämpfung der
652 dahinterstehenden Strukturen der Organisierten Kriminalität stärken.
653 Gleichzeitig wollen wir die Angebote für Prävention, Therapie und
654 Schadensminderung ausbauen, damit Menschen gar nicht erst abhängig werden oder
655 ihnen besser geholfen werden kann, wenn sie suchtkrank sind.

656 **Für eine zukunfts feste und würdige Rente**

657 Die Sicherheit ihrer Altersvorsorge ist für viele Menschen gerade in
658 Krisenzeiten ein entscheidender Stabilitätsanker. Die Menschen in diesem Land
659 sollen sich auf stabile Renten verlassen können. Das gilt heute und morgen, für
660 aktuelle und zukünftige Generationen, also auch und erst recht für diejenigen,
661 die jetzt in ihre Rentenkasse einzahlen. Gleichzeitig werden wir die Kosten des
662 demografischen Wandels gerecht über die Generationen verteilen. Langjährig in
663 der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte dürfen im Alter eine
664 auskömmliche Rente erwarten, daher werden wir das gesetzliche Rentenniveau bei
665 mindestens 48 Prozent halten.

666 Das beste Mittel für eine verlässliche Altersvorsorge und einen möglichst
667 geringen Rentenbeitragssatz sind gute Löhne und eine breite Basis derer, die in
668 die Rente einzahlen. Deshalb fördern wir sozialversicherungspflichtige
669 Beschäftigung und verbessern insbesondere die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen
670 durch gleiche Löhne, gute Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeitmodelle, das
671 Rückkehrrecht in Vollzeit und eine faire Verteilung von Sorgearbeit. Durch
672

673 qualifizierte Zuwanderung stärken wir unsere Wirtschaftskraft und steigern die
674 Beitragszahlungen in die Rente. Und wir schaffen Anreize, um ältere Beschäftigte
675 gesünder und länger im Erwerbsleben zu halten. Dafür investieren wir auch in
676 Präventions- und Rehamaßnahmen und ermöglichen flexible Übergänge in die
677 Altersrente. Um die Renten zu stärken, werden wir auch den Mindestlohn anheben
und prekäre Beschäftigung, insbesondere Minijobs, abbauen.

678 Um das Alterssicherungssystem gerechter und zukunftsfest zu machen, wollen wir
679 als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Bürgerversicherung, dass auch
680 Abgeordnete und perspektivisch Beamte, unter Beibehaltung des
681 Alimentationsprinzips, in die gesetzliche Rente einzahlen. Auch nicht
682 anderweitig abgesicherte Selbstständige wollen wir unter fairen Bedingungen
683 einbeziehen.

684 Wir halten an der Rente mit 67 fest. Aber wir schaffen Anreize und machen es den
685 Menschen leichter, länger zu arbeiten, wenn sie dies wollen, auch über die
686 Regelaltersgrenze hinaus. Wir schaffen daher einen flexibleren Übergang in
687 Altersteilzeit und Vorteile, damit sich die Weiterarbeit neben dem Rentenbezug
688 noch mehr lohnt. Dafür werden wir den Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosen- und
689 Rentenversicherung an die Arbeitnehmer*innen auszahlen, falls sie sich gegen
690 freiwillige Beiträge in die Rentenversicherung entscheiden.

691 Wir schaffen in der gesetzlichen Rentenversicherung den Einstieg in eine
692 notwendige ergänzende Kapitaldeckung – und zwar mittels Darlehen aus dem
693 Bundeshaushalt und der Übertragung von Eigenmitteln vom Bund. Hierfür führen wir
694 einen öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds ein, der Nachhaltigkeitskriterien
695 berücksichtigt und sich am 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens ausrichtet.
696 Der Bürger*innenfonds soll auch in europäische und deutsche Start-ups und
697 Wachstumsunternehmen investieren. Mit den daraus resultierenden Erträgen werden
698 wir geringe und mittlere Renten stärken, was insbesondere Frauen und Menschen in
699 Ostdeutschland unterstützt.

700 Darüber hinaus wollen wir, dass mehr Menschen als bisher von einer privaten
701 Altersvorsorge profitieren. Auch hierfür greifen wir auf den Bürger*innenfonds
702 zurück, der kostengünstig die Vorteile des Kapitalmarktes erschließt. Dafür
703 werden wir die Freibeträge für Kleinsparer*innen erhöhen, sie dynamisch an die
704 Inflation anpassen und die öffentliche Zulagenförderung auf niedrige und
705 mittlere Einkommen fokussieren. Wer nicht teilnehmen möchte, kann widersprechen.
706 Den Bürger*innenfonds öffnen wir als fairen und transparenten Weg auch für die
707 betriebliche Altersversorgung, damit noch mehr Beschäftigte, insbesondere von
708 kleinen und mittleren Unternehmen, von Betriebsrenten profitieren.

709 Auch Menschen mit geringem Einkommen unterstützen wir dabei, auskömmliche

710 Rentenansprüche zu erwerben und so Altersarmut zu vermeiden. Die Grundrente
711 werden wir zu einer Garantierente nach 30 Versicherungsjahren weiterentwickeln,
712 die deutlich mehr Menschen als bisher einbezieht und finanziell besserstellt.
713 Zur Finanzierung dieses Instruments können auch Erträge des Bürger*innenfonds
714 beitragen.

715 Menschen, die lange in die Rentenkasse eingezahlt haben, aber aus
716 gesundheitlichen Gründen nicht länger arbeiten können, verdienen unsere
717 solidarische Unterstützung. Deshalb wollen wir die Erwerbsminderungsrente
718 verbessern. Für besonders langjährig Versicherte wollen wir die sogenannte Rente
719 mit 63 beibehalten, welche insbesondere denjenigen zugutekommt, die nach
720 jahrzehntelanger, anspruchsvoller und körperlicher Arbeit ihre Belastungsgrenze
721 erreicht haben.

722 **Für verlässliche soziale Sicherung**

723 In schwierigen Zeiten braucht es einen verlässlichen Sozialstaat, der Menschen
724 unter die Arme greift, wenn sie in Not geraten. Denn jeder Mensch hat das Recht
725 auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben. Deswegen haben wir Hartz IV
726 überwunden und es durch das Bürgergeld ersetzt. Es schützt vor Armut und
727 ermöglicht die Teilhabe an unserer Gesellschaft. Statt arbeitslose und
728 arbeitende Menschen gegeneinander auszuspielen, unterstützen wir und sorgen
729 gleichzeitig für gute und auskömmliche Arbeit. Das heißt: Diejenigen, die
730 arbeiten, sollen mehr haben. Zu einer verlässlichen sozialen Sicherung gehört
731 für uns daher auch, den Mindestlohn zu erhöhen und prekäre Beschäftigung
732 abzubauen. So stärken wir Menschen in Zeiten des Wandels, geben Sicherheit und
733 eröffnen Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben.

734 Wir stehen dafür ein, dass Menschen existenz- und teilhabesichernde Leistungen
735 so lange erhalten, bis sie in Arbeit sind. Unser Ziel ist es, so viele Menschen
736 wie möglich in zumutbare Arbeit oder Selbstständigkeit zu führen. Auf dem Weg
737 dahin unterstützen wir sie durch Qualifizierung, Ausbildung, Weiterbildung und
738 vor allen Dingen durch schnelle und nachhaltige Vermittlung. Wir fordern dabei
739 ihre aktive Mitwirkung ein. Wir wollen den Arbeitsagenturen und Jobcentern die
740 Instrumente an die Hand geben, diesen Auftrag zu erfüllen.

741 Wir verbessern die Anreize zur Aufnahme von Arbeit und schaffen
742 Arbeitsgelegenheiten, um Menschen wieder zurück an den Arbeitsmarkt
743 heranzuführen. Wenn Menschen trotz Arbeit auf zusätzliche Unterstützung
744 angewiesen sind, soll es sich für sie noch mehr als bisher lohnen, ihren
745 Stundenumfang zu erhöhen.

746 Zu den staatlichen Sozialversicherungssystemen sollen alle Zugang haben –
747 unabhängig davon, ob sie selbstständig oder abhängig beschäftigt arbeiten. Für
748 Selbstständige vereinfachen wir daher den Zugang zur freiwilligen
749 Arbeitslosenversicherung.